

„Get up, stand up“ Hochschulkongress für eine neue Linke 19.-21. Januar 2007 in Frankfurt am Main

www.getupstandup-kongress.de

Presseschau

Artikel

„Wir wollen Verhältnisse zum tanzen bringen“, jW vom 6.11.2006.....	2
„Die Linke an den Hochschulen verankern“, neue linke 01/2007.....	4
Familientreffen zum Frankfurter Kranz, jungle world 03/2007.....	5
Diskutieren mit Lafontaine, FR vom 15.1.2007.....	7
»Es gibt noch Studierende, die sich engagieren wollen«, jW vom 17.1.2007.....	8
„Get up, stand up.“ - Hochschulkongress für eine neue Linke, Linksnet vom 17.1.2007.....	10
Studierende und junge Wissenschaftler für die neue Linke, Linkszeitung vom 17.1.2007.....	11
Auf dem Weg zu einem neuen SDS, ND vom 19.1.2007.....	12
Nicht per se links, jW vom 19.1.2007.....	13
»Get up, stand up«, jW vom 19.1.2007.....	15
Linke Studis liebäugeln mit neuem SDS, taz vom 20.1.2007.....	16
Soundbites einer Revolution, taz vom 20.1.2007.....	17
Im Bierkeller angekommen, FAS vom 20.1.2007.....	19
Gastkommentar: Chance für die Linke, jW vom 22.1.2007.....	20
Neuaufgabe des SDS?, jW vom 22.1.2007.....	21
Linkspartei will neuen Hochschulverband gründen, FR vom 22.1.2007.....	24
Crash-Kurse und langfristige Pläne, ND vom 22.1.2007.....	25
Kultur im Ruhestand, Freitag vom 26.1.2007.....	26

Pressemitteilungen

„Get up, stand up.“ - Hochschulkongress für eine neue Linke, PM vom 16.1.2007.....	29
Starker Hochschulverband notwendig, PM vom 17.1.2007.....	29
Auftakt für die Gründung eines Hochschulverbandes, PM vom 19.1.2007.....	30
Hochschulkongress „Get up, stand up für eine neue Linke“ eröffnet, PM vom 20.1.2007.....	31
Hochschulkongress der Linken großer Erfolg, PM 21.1.2007.....	32

Viel Spaß bei der Lektüre wünschen,

Ruben Lehnert (0176 29649275, ruben.lehnert@gmx.de)
Jonas Rest (0177 3844655, jonas.rest@gmx.net)
Simon Zeise (0171 6136364, simonzeise@gmx.de)

»Wir wollen Verhältnisse zum Tanzen bringen«, jW vom 6.11.2006

Mit der Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG soll auch ein neuer Hochschulverband entstehen. Ein Gespräch mit Luigi Wolf

Ralf Wurzbacher

Luigi Wolf ist aktiv in der Hochschulgruppe DIE LINKE.FU in Berlin und stellvertretendes Mitglied für das Linke.Hochschulgruppennetzwerk in der Steuerungsgruppe Jugend und Hochschulen von Linkspartei.PDS, WASG und solid

Mitte 2007 soll die Fusion zwischen Linkspartei und WASG vollzogen werden. Wird es bis dahin auch einen dazugehörigen Hochschulverband geben?

Ja, wir werden einen Hochschulverband der Linken gründen. Bisher gibt es ein Netzwerk der Hochschulgruppen von Linkspartei, WASG und solid. Kürzlich haben sich 40 Aktive aus 18 Hochschulgruppen in Kassel getroffen und über die Zukunft des Netzwerkes debattiert. Eine überwältigende Mehrheit sprach sich dabei für die Gründung eines demokratischen und sozialistischen Hochschulverbandes aus.

Wie will man weiter vorgehen?

Es gibt nun zwei Arbeitsgruppen, die bis zum nächsten Treffen Anfang Februar 2007 Entwürfe für Programm und Satzung erarbeiten. Dann werden wir einen Übergangsvorstand wählen, der den Prozeß organisiert und befördert.

Welche politischen Kräfte sind an diesem Projekt bis jetzt beteiligt?

Zu Beginn dieses Jahres waren im Netzwerk hauptsächlich PDS-Hochschulgruppen aktiv. Inzwischen sind neue Gruppen und viele Aktive dazu gekommen: ehemalige Jusos, Jungdemokraten, trotzkistische Linke, ATTAC- und WASG-Mitglieder sowie viele bisher nicht politisch Organisierte. Diese Mischung kann die Dynamik eines neuen Hochschulverbandes ausmachen.

Wie wird der Verband heißen?

Wir stehen noch am Anfang. Da ist es klar, daß wir uns noch auf keinen Namen geeinigt haben. Bisher gibt es nur einzelne Vorschläge, zum Beispiel SDS – Studierendenverband Demokratischer SozialistInnen. Die Diskussion werden wir aber frühestens nächstes Jahr führen.

In welcher Beziehung stünde der Verband zum geplanten linken, parteiübergreifenden Jugendverband?

Wir wollen eine politische und organisatorische Anbindung an den Jugendverband der Linken. Eine enge Zusammenarbeit mit Auszubildenden und Schülerinnen und Schülern kann für alle Seiten vorteilhaft sein. Ich hoffe, daß sich demnächst paritätisch besetzte Gruppen aus Jugend- und Hochschulstrukturen finden, die konkrete Vorschläge für diese Anbindung erarbeiten. Da ist noch viel zu tun.

Im Hinblick auf die Gründung eines Jugendverbands ist noch nicht ausgemacht, ob dieser unabhängig oder als Anhängsel der Mutterpartei agieren wird. Könnte an dieser Frage auch das Projekt Hochschulverband noch scheitern?

Ein Jugendverband muß politisch und finanziell unabhängig sein. Das gleiche gilt auch für den zukünftigen Hochschulverband. Klar ist aber auch: Wir beziehen uns in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen positiv auf die Partei. Wir wollen die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen bringen. Die neue Linkspartei wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Deshalb ist es richtig, daß der Hochschulverband in der Bundessatzung der neuen Partei erwähnt und ein transparentes und beständiges Verhältnis zur Partei festgeschrieben wird.

Welche politischen Projekte wollen Sie als nächstes angehen?

In Kassel haben wir beschlossen, die Kampagne Studiengebührenboykott zu unterstützen, die momentan in einigen Bundesländern anläuft. Einige Hochschulgruppen werden zum G8-Gipfel in Heiligendamm mobilisieren – ein wichtiges Thema des nächsten Hochschulgruppentreffens. Gleichzeitig wollen wir kritische Wissenschaften wieder stärker an den Hochschulen verankern. Deshalb organisieren wir vom 19. bis zum 21. Januar einen Hochschulkongreß in Frankfurt am Main. Neben Elmar Altvater und Frank Deppe erwarten wir zahlreiche junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Künstler und Politiker.

Welche Rolle spielt die Linke zur Zeit an den Hochschulen in den Auseinandersetzungen um Studiengebühren und Bildungsabbau?

Das ist sehr unterschiedlich. In Hessen etwa war die Linke in der dortigen starken Bewegung gegen Studiengebühren sehr präsent. Allerdings mangelt es an einer bundesweiten Vernetzung sowohl der Proteste als auch der Linken. Die Föderalisierung führte dazu, daß die Studierenden in jedem Bundesland einzeln kämpfen. Diese Vereinzelung müssen wir überwinden. Ein bundesweit handlungsfähiger Hochschulverband kann dabei helfen.

Interview: Ralf Wurzbacher

* Infos im Internet www.linkspartei-wissenschafts-und-hochschulpolitik.de/

„Die Linke an den Hochschulen verankern“, neue linke 01/2007

Vom 19. bis 21. Januar 2007 findet in Frankfurt am Main der Hochschulkongress „Get Up, Stand Up“ statt. Was erwartet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer?

Jana Schultheiss: Ein breites Angebot an interessanten Themen und spannenden Referentinnen und Referenten aus Politik und Wissenschaft. Der größte Teil des Kongresses ist in Workshopform organisiert, so dass alle Teilnehmenden aktiv mitmachen können. Thematisch gliedert er sich in die Bereiche „Bildungs- und Hochschulpolitik“, „Linke Strategien gegen den Neoliberalismus“ und „G8, Globalisierung und Widerstand“.

Mit welcher Absicht organisiert ihr diesen Kongress?

Jana Schultheiss: Wir bieten linken Studierenden die Möglichkeit, sich und uns kennen zu lernen. Im Mittelpunkt steht auch die Frage, wie die neue Linke im studentischen Spektrum aktiv werden kann. Konkret besteht auf dem Kongress die Möglichkeit, anstehende Kampagnen zu planen.

Du selbst beteiligst Dich an der Gründung eines parteinahen Hochschulverbands der Linken. Weshalb?

Jana Schultheiss: Die Hochschulgruppen brauchen einen Rahmen, in dem sie sich austauschen und gemeinsame, bundesweite Aktionen anstoßen und durchführen können. Wir möchten bildungspolitischen Input in die Partei und damit perspektivisch in die politische Umsetzung bringen. Umgekehrt ist es natürlich auch für die Partei wichtig, durch uns eine Verankerung an den Hochschulen zu gewinnen und die Idee des neuen linken Projekts auch hier präsent zu machen.

An welche Traditionen knüpft der Verband an?

Jana Schultheiss: Der Verband entsteht im Rahmen der Gründung einer neuen, bundesweiten Linken mit parlamentarischem Bezug. Insofern ist es schwierig, von Traditionen zu reden. Andererseits entsteht die neue Partei und der Hochschulverband nicht aus dem Nichts. Zurzeit arbeiten die den beiden Parteien nahe stehenden Hochschulgruppen im Linke.Hochschulgruppennetzwerk zusammen. Hier wurde auch beschlossen, einen Hochschulverband zu gründen. Selbstverständlich wird sich dieser positiv auf die Errungenschaften der Studierendenbewegungen in den 1960ern und 70ern beziehen. Der neuen Linken geht es gerade darum, Linke zu vereinen und daher auch verschiedene, sozialistische Traditionen aufzugreifen.

An wen können sich Interessierte wenden, wenn sie eine Hochschulgruppe der Linken gründen wollen?

Jana Schultheiss: Wenn es noch keine Hochschulgruppe der Linken vor Ort gibt, können Interessierte eine solche gründen, indem sie Kontakt mit dem jeweiligen Kreisverband der Linkspartei.PDS oder der WASG aufnehmen. Sie sollten dann zu einem Gründungstreffen einladen. Oder sie wenden sich direkt an uns. Informationen und Kontaktmöglichkeiten gibt's auf www.linkspartei-wissenschafts-und-hochschulpolitik.de/.

Jana Schultheiss ist Mitglied der Hochschulgruppe Die Linke.['solid]Köln. Die Volkswirtschaftsstudentin ist Delegierte des Linke.Hochschulgruppennetzwerks in der gemeinsamen Steuerungsgruppe Jugend und Hochschulen von WASG und Linkspartei.PDS.

Familientreffen zum Frankfurter Kranz, jungle world 03/2007

Am kommenden Wochenende findet in Frankfurt am Main ein Kongress der Linkspartei statt. Unter dem Motto »Get up, stand up« beschäftigt man sich mit sich selbst. von jesko bender

Was macht Frankfurt so attraktiv für Linke, dass sie hier neuerdings fast monatlich auf Kongressen über ihre Zukunft debattieren? Sind es die zahlreichen Banken, die die Globalisierungsgegner schaudern lassen und in Faszination versetzen, oder die Namen Adorno und Horkheimer, deren Aura die Anhänger der Kritischen Theorie hierher zieht, oder doch die Hoffnung mancher junger Autonomer, irgendwo noch einen Pflasterstein zu finden, der, von einem alten Autonomen geworfen und von einem Polizeihelm abgeprallt, im Gebüsch liegen könnte?

Nachdem Ende November auf Einladung des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die universitär und eher an der Kritischen Theorie orientierte Linke über »Ungleichheit als Projekt« diskutiert hatte, traf sich am ersten Januarwochenende der etwas wortkargere, aber schlagkräftige Nachwuchs der Antifa auf dem Jugendantifakongress »Antifa – make it real!«

Bei so viel zukunftsorientierter Diskussionsfreudigkeit will offenbar auch die Linkspartei nicht fehlen. Ihr Hochschulnetzwerk veranstaltet am kommenden Wochenende an der Frankfurter Universität unter dem Titel »Get up, stand up« ebenfalls einen Kongress. Der sehr knapp gehaltenen Ankündigung zufolge sollen die Teilnehmer dort darüber diskutieren, »wie Hochschule und Gesellschaft zusammenhängen, ob eine andere Politik möglich ist und welche Rolle die neue Linke dabei spielen kann«.

Eröffnet wird das Treffen am Freitagnachmittag nicht wie üblich mit einer Podiumsdiskussion, sondern mit »Crash-Kursen« zur »Einführung in die Kritische Wissenschaft«. Oliver Nachtweih von der Hochschulgruppe der Linkspartei in Göttingen wird anhand von Marx und Negri einen Überblick über verschiedene Spielarten der Kapitalismuskritik geben. Nele Hirsch, die für die Linkspartei im Bundestag sitzt und bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, wird zusammen mit anderen Mitgliedern der Hochschulgruppen der Linkspartei über den »neoliberalen Umbau der Hochschulen« berichten. Des Weiteren stehen die klassischen Themen Rassismus und »Krieg und Imperialismus« auf dem Programm. Immerhin findet auch ein Workshop über Queer Theory statt.

Wer sich für Queer Theory interessiert, sollte jedoch nach diesem Workshop die Gebäude der Frankfurter Universität verlassen. Denn die anschließende Podiumsdiskussion wird der Journalist Jürgen Elsässer moderieren, der sich jüngst darüber beschwerte, dass mit staatlichem Geld »Multikulti, Gendermainstreaming und die schwule Subkultur gefördert« werde, indes »die Proleten auf Hartz IV gesetzt werden«. Mit ihm werden Oskar Lafontaine und Katja Kipping von der Linkspartei, Sybille Stamm von Verdi und der Jenaer Soziologieprofessor Klaus Dörre über »Die Linke im Zeitalter der Unsicherheit« diskutieren. Treffsicher besetzt haben die Veranstalter des Kongresses mit Elsässer auch den Workshop »Wie viel Populismus verträgt die Linke, wie viel braucht sie?« Am Samstag und Sonntag können sich die Teilnehmer der Veranstaltung in rund dreißig Workshops mit den Themen »Bildungs-□&□Hochschulpolitik«, »Linke Strategien gegen den Neoliberalismus« und »G8, Globalisierung und Widerstand« auseinandersetzen.

Und weil Frankfurt seit den Protesten der Studierenden nicht nur die Sehnsucht der Linken nach Bewegung befriedigt, sondern sich der Legende nach unter dem dortigen Pflaster auch der Strand befindet, ist es eigentlich kein Wunder, dass der Kongress der Linkspartei hier stattfindet. Im Sommer steht schließlich der G8-Gipfel an, und vielleicht, so mögen die Veranstalter hoffen, lässt sich die Leidenschaft der Studierenden ja auch bei den Aktionen am Strandbad Heiligendamm entfachen. Über das Verhältnis zwischen Studierendenprotesten, der globalisierungskritischen Bewegung und der Partei will man auf dem Kongress jedenfalls schon jetzt diskutieren. Denn am Ostseestrand wird wohl kaum Zeit dafür sein.

URL:

http://www.frankfurterrundschau.de/in_und_ausland/wissen_und_bildung/campus/?em_cnt=1048838

Diskutieren mit Lafontaine, FR vom 15.1.2007

Hochschulkongress in Frankfurt

Frankfurt - Oskar Lafontaine kommt zum Hochschulkongress "Get up, stand up" im Hörsaalgebäude am Campus Bockenheim der Frankfurter Goethe-Uni von Freitag bis Sonntag, 19. bis 21. Januar. Neben dem Fraktionsvorsitzenden von Linke.WASG im Bundestag sitzen auf dem Eröffnungspodium über "Die Linke im Zeitalter der Unsicherheit" am Freitag, 19 Uhr, unter anderem die stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei, Katja Kipping, Sybille Stamm von Verdi und Professor Klaus Dörre von der Uni Jena.

Das Linke.Hochschulgruppennetzwerk organisiert den "Kongress für eine neue Linke". Das Programm ist üppig: Linke-Politiker führen in "Kritische Wissenschaft" ein; in Workshops geht es um Bildungs- und Hochschulpolitik, linke Strategien gegen den Neoliberalismus, Globalisierung und Widerstand. Diskutiert werden die Rolle von Studierenden in der Gesellschaft und der G 8-Gipfel in Heiligendamm. Martin Kesslers Film "Kick it like Frankreich" über die Proteste gegen Studiengebühren läuft. Den Samstag beschließt eine Party.

Der Kongress soll nicht nur den Platz von Linken in Hochschule und Gesellschaft verorten, sondern die Gründung eines Hochschulverbands der Linken vorbereiten. Erwartet werden Studenten und Wissenschaftler aus ganz Deutschland. Teilnehmer zahlen fünf Euro. Auswärtige werden in einer Turnhalle untergebracht. *loi*

www.getupstandup-kongress.de

»Es gibt noch Studierende, die sich engagieren wollen«, jW vom 17.1.2007

Am Wochenende findet in Frankfurt/Main »Hochschulkongreß für eine neue Linke« statt. Ein Gespräch mit Stefanie Graf

Interview: Interview: Sebastian Wessels

Stefanie Graf studiert an der Humboldt-Universität zu Berlin Italienisch, Anglistik und Soziologie und ist als Aktive der Hochschulgruppe Linke.HU an der Organisation des Hochschulkongresses »Get up, stand up« beteiligt

Am kommenden Wochenende findet in Frankfurt am Main unter dem Motto »Get up, stand up« ein »Hochschulkongreß für eine neue Linke« statt, den Sie mit organisiert haben. Auf wessen Initiative geht das Treffen zurück?

Die Idee kam im Linke.Hochschulgruppennetzwerk auf. Viele verschiedene lokale Gruppen, die sich im Laufe des letzten Jahres gebildet haben, fanden es wichtig, mehr Leute am Netzwerk zu beteiligen und ein möglichst breites Spektrum von Studierenden anzusprechen.

Sind in diesem Netzwerk nur Hochschulgruppen der Linkspartei.PDS beteiligt?

Früher waren es nur linke Hochschulgruppen, die sich auf die PDS bezogen haben, aber inzwischen sind die WASG-Gruppen hinzugekommen. Wir sind offen für Menschen, die in keiner Partei organisiert sind, aber der Bildung der neuen Linken positiv gegenüberstehen, beispielweise auch für Mitglieder aus dem globalisierungskritischen und dem jungdemokratischen Spektrum.

Was erhoffen Sie sich von dem Kongreß?

Wir wollen uns als Hochschulgruppennetzwerk vorstellen, verschiedene Themenschwerpunkte erarbeiten und Kampagnen auf Bundesebene diskutieren. Außerdem hoffen wir, daß sich nach dem Kongreß weitere linke Hochschulgruppen bilden werden. Aus dem Netzwerk soll schließlich ein Verband werden, der bundesweit linke Politik und Kampagnen vorantreibt und auf Bundesebene gegen den neoliberalen Umbau der Hochschulen angeht. Vom 2. bis 4. Februar werden wir uns in Bonn über Satzung und Programmatik verständigen.

Die Bildung einer neuen Linkspartei aus PDS und WASG ist nicht unumstritten. Vor allem in der WASG gibt es Widerstand wegen der Regierungsbeteiligungen der Linkspartei.PDS zum Beispiel in Berlin. Gibt es an den Hochschulen ähnliche Konflikte?

Die WASG in Berlin zählt ja nicht zu denen, die dem Parteibildungsprozeß positiv gegenüberstehen. Sie können natürlich auch gerne kommen, aber ich glaube, von ihnen wird sich nur eine Minderheit im neuen Studierendenverband engagieren wollen.

Welche Bedeutung haben Studierende und Hochschulen überhaupt noch für die politische Linke?

Ich denke schon, daß es immer noch viele interessierte Studierende gibt, die sich gegen Krieg und gegen Sozialabbau engagieren. Zum Beispiel waren Studierende an den DGB-Demonstrationen im vergangenen Jahr beteiligt. Auch unter der Wählerschaft der Linkspartei.PDS sind nicht wenige. Ich glaube nicht, daß das Interesse an linker Politik insgesamt abgenommen hat. Man hat bisher nur noch kein funktionierendes Organisationsmodell gefunden, um die Studierenden zu begeistern und zum Mitmachen zu motivieren. Aber die Situation an der Universität ist sehr viel schlechter geworden, und nach dem Studium finden sich viele in prekären Arbeitsverhältnissen wieder. Ich denke, daß wird die Leute dazu bringen, sich stärker zu wehren.

Was steht inhaltlich auf dem Programm des Kongresses?

Wir werden anhand von drei Schwerpunkten diskutieren. Wichtig ist natürlich die Hochschulpolitik. Aber daneben wird es auch um linke Strategien gegen den Neoliberalismus und schließlich um den G-8-Gipfel, Globalisierung und Widerstand gehen. Wir werden einige große Podien haben, die prominent besetzt sind, zum Beispiel mit Oskar Lafontaine, Elmar Altvater und Katja Kipping. Aber der Großteil des Kongresses wird in Workshops stattfinden, die von Studierenden geleitet werden. Wir legen Wert darauf, daß sich möglichst viele Studierende aktiv an den Diskussionen beteiligen.

»Get up, stand up – Hochschulkongreß für eine neue Linke.«: 19. bis 21. Januar, Campus Bockenheim, Uni Frankfurt/Main, Programm und Anmeldung: getupstandup-kongress.de

„Get up, stand up.“ - Hochschulkongress für eine neue Linke, Linksnet vom 17.1.2007

Richard Heigl ■ Bildung & Wissenschaft (08.01.2007)

Das Linke.Hochschulgruppennetzwerk von Linkspartei.PDS und WASG lädt zum Hochschulkongress "Get Up, Stand Up." vom 19. bis zum 21. Januar 2007 nach Frankfurt am Main. Das Schöne an diesem Kongress: Es bleibt nicht bei Worten. Man hat sich nichts weniger vorgenommen, als einen neuen linken Hochschulverband zu gründen. Der SDS lässt grüßen.

Es werden natürlich die Promis aufgefahren. Mit dabei sind unvermeidlich: Oskar Lafontaine, Elmar Altvater, Alex Demirovic, Katja Kipping, Nele Hirsch, Frank Deppe, Michael Hartmann, Caren Lay, Katina Schubert, Christine Buchholz, Bernd Riexinger, Thomas Sablowski. Der Kongress findet an der Uni Frankfurt auf dem Campus Bockenheim im Hörsaalgebäude statt.

Bekanntlich bilden Linkspartei.PDS und WASG Mitte 2007 eine gemeinsame Partei. Parallel entsteht ein Hochschulverband der Linken. Der Kongress wird Ausgangspunkt für die Gründung dieses Hochschulverbands der Linken in Deutschland sein. Aus dem gesamten Bundesgebiet werden Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Interessierte anreisen. Alleine aus Berlin fahren zwei Reisebusse nach Frankfurt.

Dort erwarten sie Podiumsdiskussionen und Workshops zur Einführung in die kritische Theorie, zur Hochschulpolitik und linken Strategien gegen den Neoliberalismus, zum G8-Gipfel in Heiligendamm, zu Globalisierung und Widerstand. Außerdem bietet der Kongress Filme, Partys und ein attraktives Kulturprogramm. Unter *www.getupstandup-kongress.de* findet man das komplette Programm mit allen Rednerinnen und Rednern, Referentinnen und Referenten sowie weitere Informationen zu Mitfahrgelegenheiten, Bussen und Unterbringung.

Na da darf man ja freudig gespannt sein :-)

Quelle: <http://www.linksnet.de/linkslog/index.php?itemid=498>

Studierende und junge Wissenschaftler für die neue Linke, Linkszeitung vom 17.1.2007



Start zur Gründung eines linken Hochschulverbandes: Kongress "Get up, stand up"

Frankfurt am Main (ppa). Das Linke.Hochschulgruppennetzwerk lädt am 19.-21. Januar 2007 zum Hochschulkongress "Get Up Stand Up" nach Frankfurt am Main ein. Der Kongress bringt eine einzigartige Mischung aus prominenten WissenschaftlerInnen (u.a. Elmar Altvater, Frank Deppe, Alex Demirovic), Repräsentanten der neuen Linken (u.a. Oskar Lafontaine, Katja Kipping, Nele Hirsch, Christine Buchholz) und sozialer Bewegungen (u.a. Bernd Riexinger, Claudia Haydt) sowie linken NachwuchswissenschaftlerInnen zusammen. Thematisch werden die neoliberale Hochschulreform; Prekarisierung, G8 und die neue Linke im Mittelpunkt stehen. Der Kongress dient dem Erfahrungsaustausch über Perspektiven des studentischen Protests und soll außerdem Ausgangspunkt für die Gründung eines Hochschulverbandes der Linken sein.

Auf dem Weg zu einem neuen SDS, ND vom 19.1.2007

»Get up, stand up«: Linker Hochschulkongress in Frankfurt (Main) / Verbandsgründung angekündigt

Von Tom Strohschneider, Neues Deutschland, 19. Januar 2007, S. 5

Noch sind die Uni-Gruppen aus dem Umfeld von Linkspartei und Wahlalternative nur in einem Netzwerk organisiert. Demnächst soll daraus ein richtiger Hochschulverband werden. Ein Schritt auf dem Weg dorthin führt linke Studierende an diesem Wochenende nach Frankfurt (Main).

Ein Blick zurück ist immer gut: 26 Jahre nach der Auflösung des SDS sei es Zeit für die Gründung »eines neuen sozialistischen Studierendenbundes«, sagt der jugendpolitische Sprecher der Linkspartei, Sascha Wagener. Der alte SDS spielte für die APO der 60er Jahre eine wichtige Rolle – zum Sammelbecken für die Neue Linke wurde er indes erst nach der Trennung vom Mutterschiff SPD.

Soweit ist man im Umfeld von Linkspartei und WASG noch nicht. Und will es auch nicht dahin kommen lassen. Am Wochenende wollen sich in Frankfurt (Main) rund 400 linke Studierende treffen, um vor allem über zweierlei zu reden: Die Gründung eines neuen linken Hochschulverbandes und über linke Uni-Politik.

Stefanie Graf, die an der Berliner Humboldt-Uni studiert und in einer linken Hochschulgruppe engagiert ist, hofft auf Zulauf – und dass sich nach dem Kongress weitere linke Uni-Gruppen gründen. Man sei »offen für Menschen, die in keiner Partei organisiert sind, aber der Bildung einer neuen Linken positiv gegenüberstehen«. Die Abschaffung von Gebühren und die Demokratisierung der Unis würden »sich nicht ohne stärkeres Engagement der Studierenden verwirklichen lassen«, meint auch Wagener. Aus dem linken Uni-Netzwerk soll noch 2007 ein Verband werden.

Um Bildungspolitik und Organisationsfragen allein wird es in Frankfurt allerdings nicht gehen. Der Kongress bietet auch Gelegenheit, um über die Frage linker Hegemonie und dem Verbleib kritischer Intellektueller zu fragen. »Bisher sind weder Linkspartei noch WASG in der Lage, kulturelle und intellektuelle Ausstrahlung zu entfalten«, heißt es in einem Papier von Kolja Möller und Ruben Lehnert, die an der Vorbereitung des Kongresses beteiligt waren. »Auch unter Studierenden könnte der Zuspruch größer sein.«

Möller und Lehnert sehen den kommenden Hochschulverband denn auch als Chance für eine »intellektuelle Frischzellenkur« – und als Voraussetzung langfristiger Hegemonie. Die neue Partei müsse sich auf einen langwierigen »Stellungskrieg« um den »Alltagsverstand« einstellen, schreiben die Autoren mit Blick auf Antonio Gramsci. Und es brauche auch Wissenschaftler und Intellektuelle, um »den Sinns, Henkels und Di Fabios dieser Republik die Meinungsführerschaft in den politischen Debatten abzujagen«.

Die Intellektuellen halten sich derweil noch etwas zurück: Zwar kommen auch angesehene Wissenschaftler wie Elmar Altvater, Alex Demirovic und Frank Deppe nach Frankfurt. Von jenen Zeiten, in denen die damals noch einigermaßen linke und bei Künstlern wie

Intellektuellen beliebte SPD sogar auf die Unterstützung eines »Wahlkontors deutscher Schriftsteller« zurückgreifen konnte, ist die neue Linke aber noch weit entfernt.

Das »Wahlkontor« war übrigens 1965 aktiv – in dem Jahr, als Leute wie Rudi Dutschke und Dieter Kunzelmann in den SDS eintraten.



19.01.2007 / Schwerpunkt / Seite 3

Nicht per se links, jW vom 19.1.2007

Hochschulkongreß in Frankfurt am Main: Bislang vermag nur der Widerstand gegen Studiengebühren die progressiven Studenten zu einen. Nun soll ein neuer Verband entstehen

Sebastian Wessels

Wir müssen Bildung als Markt begreifen, in dem wir mit unserem Angebot optimal auf die Bedürfnisse des Kunden einzugehen haben«, zitierte sich am Mittwoch Prof. Dr. Markus Voeth von der Baden-Württemberger Universität Hohenheim selbst in einer Presseerklärung. Mit seinen zehn »Serviceversprechen« an die »Kunden« – gemeint sind Studierende – schaffte es der Marketingprofessor sogleich in die Mainstreammedien. Spiegel online gab nebst Voeth-Interview beeindruckt alle zehn im Wortlaut wieder. Darunter sind schnelle Klausurkorrekturen, »Feedback-Gespräche«, Unterstützung bei »Unternehmenskontakten« sowie eine »Exzellenzförderung« in Form von »Exklusivveranstaltungen« für Studierende, die durch besonders gute Leistungen auffallen. Diese zum besonderen Kundendienst verbrämten Selbstverständlichkeiten will Voeth als Gegenleistung für Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Halbjahr verstanden wissen, die ab dem kommenden Semester in Baden-Württemberg erhoben werden.

Die Ware Bildung

Voeths Wortmeldung macht deutlich, woher derzeit an deutschen Universitäten der Wind weht. Die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge, im Jahr 2003 von der Kultusministerkonferenz angestoßen, soll vor allem zu »kürzeren Studienzeiten« sowie zu einer »nachhaltigen Verbesserung der Berufsqualifizierung und der Arbeitsmarktfähigkeit der Absolventen« beitragen. Parallel zur Umgestaltung der Lehre im Sinne kapitalistischer Verwertungsinteressen werden nach und nach allgemeine Studiengebühren durchgesetzt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Januar 2005 entschieden hatte, daß ein bundesweites Gebührenverbot unrechtmäßig in die Gesetzgebungskompetenz der Länder eingreife, wurde eine Unimaut von meist 500 Euro pro Semester nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland beschlossen. Sogenannte Langzeitstudiengebühren, die nach Verbrauch eines »Studienguthabens« bzw. bei Überschreiten der Regelstudienzeit um drei bis vier Semester erhoben werden, zahlen Studierende bereits in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen,

Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Bremen, Hamburg sowie im Saarland. Auch diese bewegen sich meist um die 500 Euro. Noch umkämpft ist die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in Hessen. Die Landesregierung will ab Herbst dieses Jahres 500 Euro pro Semester erheben, begibt sich damit allerdings in direkten Widerspruch zur hessischen Verfassung. Studierende sammeln derzeit Unterschriften für eine Verfassungsklage.

Trotz alledem ist eine bundesweite, mehr oder weniger organisierte politische Studentenbewegung heute kaum vorhanden. Das 1999 gegründete »Aktionsbündnis gegen Studiengebühren« (ABS) kommt einer solchen trotz seiner thematischen Beschränkung noch am nächsten (siehe Interview). Der »Freie Zusammenschluß von StudentInnenschaften« (fzs), der nach eigener Auskunft mehr als eine Million der rund zwei Millionen Studierenden in Deutschland vertritt, bezieht zwar mit seinen Forderungen nach einem freien Zugang zu Bildung, einem »Abbau von Diskriminierung« und einer »kritischen Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Gesellschaft« eher progressive Positionen, ist aber »nicht per se links«, wie Vorstandsmitglied Elke Mischau gegenüber junge Welt erklärte. Statt dessen betont der Verband seine Rolle als überparteiliche Interessenvertretung aller Studierenden – und tritt als politischer Akteur kaum in Erscheinung.

Zersplitterte Linke

Abgesehen vom einigenden Thema Studiengebühren sind die progressiven Kräfte unter den Studierenden zersplittert. Man findet an den Universitäten linke Hochschulgruppen der Linkspartei.PDS ebenso wie von der WASG, von ATTAC, von ver.di, von Jusos und Grünen sowie vielfältige unabhängige linke Listen. Einen Versuch, sie bundesweit zu vereinigen, gab es etwa mit dem 1998 gegründeten »Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen« (LiRa). Doch auch hier blieb es bei einigen vereinzelt Gruppierungen, die sich zu den schon vorhandenen gesellten.

Mischau erklärt die begrenzte politische Aktivität der Studierenden mit dem zunehmenden Druck, der auf ihnen lastet: Die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge schaffe »zusätzliche Probleme«, sagte sie gegenüber junge Welt. Ein gestraffter Stundenplan lasse »kaum Zeit, sich zu engagieren«. Aufgrund der Studiengebühren müßten außerdem viele neben dem Studium mehr Geld verdienen, was die Freiräume weiter einengen.

Einen neuen Anlauf zur Bildung einer bundesweiten Organisation macht nun das Hochschulgruppennetzwerk Die Linke. Auf den Unikongreß »Get up, stand up« (siehe Spalte) an diesem Wochenende soll die Gründung eines neuen Studierendenverbandes folgen. Wie Stefanie Graf, Mitorganisatorin des Kongresses, im Gespräch mit junge Welt erklärte, soll dieser Verband »die föderale Zersplitterung überwinden« und »auf Bundesebene dem neoliberalen Umbau der Hochschulen entgegenwirken«.

»Get up, stand up«, jW vom 19.1.2007

Kongreß vom 19. bis 21. Januar

Vom heutigen Freitag bis Sonntag nachmittag lädt das Hochschulgruppennetzwerk Die Linke auf dem Bockenheimer-Campus der Uni Frankfurt/Main zum »Hochschulkongreß für eine neue Linke« ein, der den Auftakt zur Gründung eines neuen linken Hochschulverbandes bilden soll. Gegen einen Teilnahmebeitrag von fünf Euro werden Podiumsdiskussionen, Workshops sowie ein Kulturprogramm angeboten. Dazu werden prominente Gäste erwartet. Auf dem Podium zur Eröffnung der Diskussion über »die Linke im Zeitalter der Unsicherheit« am Freitag abend werden unter anderem der Vorsitzende der Linksfraktion, Oskar Lafontaine, und die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping sitzen. Zum Auftakt am Samstag vormittag spricht der Frankfurter Soziologe Alex Demirovic über »die Rolle von Intellektuellen und Studierenden in der Gesellschaft«. Am Abend sitzen zum Thema »Schicksal Globalisierung?« etwa Astrid Kraus, sie ist von der WASG Köln und ehemaliges Mitglied des ATTAC-Koordinierungskreises, die stellvertretende Vorsitzende der Berliner Linkspartei.PDS, Katina Schubert, und die sächsische Landtagsabgeordnete Julia Bonk (Linkspartei.PDS) auf dem Podium.

Am Sonntag debattieren der Globalisierungskritiker und emeritierte Professor Elmar Altvater, die Mitherausgeberin des Buches »G8: Gipfel der Ungerechtigkeit« Christine Buchholz sowie Bernd Riexinger, Geschäftsführer von ver.di Stuttgart, über den Stand der globalisierungskritischen Bewegung. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem G-8-Gipfel, der vom 6. bis 8. Juni im Ostseebad Heiligendamm stattfinden wird.

Den Großteil der Veranstaltungen machen indes die parallel laufenden Workshops aus. Am Freitag gibt es zunächst »Crash-Kurse« zur Einführung in die kritische Wissenschaft. Am Samstag folgen Workshops zur Bildungs- und Hochschulpolitik. Am Sonntag liegt der Schwerpunkt auf Globalisierungskritik und G-8-Widerstand. Der Kongreß endet am Sonntag mit Kampagnenvorstellungen sowie einem »Markt der Möglichkeiten« von 14.30 bis 16 Uhr. (sw)

Programm und Anmeldung: getupstandup-kongress.de

Linke Studis liebäugeln mit neuem SDS, taz vom 20.1.2007

Hochschulgruppen der Linkspartei gründen neuen Verband - und wühlen tief in der Kiste der linken Studentenbewegung. Dabei soll ein bekannter Name geklaut werden. Alt-68er werden aufhorchen: Dutschkes Erben wollen Verband "SDS" taufen

AUS BERLIN JAN GEORG PLAVEC

Wenn sich dieses Wochenende linke Studenten verschiedenster parteilicher Couleur in Frankfurt am Main treffen, dann tun sie dies zunächst, um typisch linke Themen zu diskutieren: Grundlagen der Globalisierung oder die Renaissance der Kritischen Theorie. Tatsächlich geht es aber um viel mehr: Die Studenten wollen einen bundesweiten linken Hochschulverband gründen.

Das ist freilich nicht nur für Alt-68er nichts Neues. Vielleicht wollen Dutschkes Erben gerade deshalb tief in der Kiste der linken Studentenbewegung wühlen, wenn es um einen Namen für das Baby geht. Ihr Vorschlag: "SDS" . Das soll für Revolution stehen - und ist offen geklaut. Der "Sozialistische Deutsche Studentenbund", gegründet 1946, war in den 1960ern bis zu seiner Auflösung 1970 Keimzelle der Studentenbewegung. Rudi Dutschke war ihr populärster Anführer.

Der Entschluss zur Verbandsgründung fiel Anfang November beim Treffen des linken Hochschulgruppennetzwerks in Kassel. Nach Vorarbeit an diesem Wochenende sollen Anfang Februar Satzung und Programm festgelegt werden; im Frühsommer soll der Verband der Linkspartei angegliedert werden. Dann wäre Schluss mit dem losen linken Studentennetzwerk - die akademische Linke hätte einen Zentralverband als Sprachrohr und Koordinationsstelle für bundesweite Aktionen.

"Der Hochschulverband steht im Satzungsentwurf für die neue Linkspartei", bestätigt Katja Kipping, "der Kongress in Frankfurt ist ein wichtiger Aufschlag." Ihre Partei erhoffe sich eine "personelle und inhaltliche Frischzellenkur", so die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, "wir wollen den Neoliberalismus auch intellektuell und kulturell herausfordern. Deshalb benötigen wir eine Verankerung im akademischen Bereich."

Auf dem Frankfurter Kongress soll aber nicht nur Gesamtstimmung erzeugt, sondern auch Konkretes geleistet, Aktionen zum G-8-Gipfel geplant oder eine bundesweite Kampagne gegen Studiengebühren konzipiert werden. 500 Studierende von 40 Universitäten in ganz Deutschland erwarten die Organisatoren. Derzeit gibt es 25 Hochschulgruppen der Linkspartei. "Wir müssen ein Angebot machen, um auch unabhängig vom Hochschulort aktiv zu werden", sagt Jonas Rest, Pressesprecher des Organisatorenteams.

Die Linke wittert Morgenluft. Schließlich ist es nicht lange her, dass in Köln eine ganze Hochschulgruppe Jusos zur Linkspartei konvertierte. Und der neue Hochschulverband will nicht nur bestehende Gruppen, etwa Jungdemokraten oder Attac-Anhänger, mit offenen Armen aufnehmen, sondern weiter in den Gewässern der Jusos und Grünen fischen.

Weil aber nicht nur der Name, sondern auch die Finanzierung des neuen Verbands in den Sternen steht, schauen die Genossen von der SPD erst mal nur zu: "Die Linken müssen aufpassen, ihren Laden überhaupt zusammenzuhalten", vermeidet Daniel Thürauf, Geschäftsführer des Juso-Hochschulgruppenverbands, Beißreflexe.

Auch die Grünen geben sich relaxt: "Austritte ganzer Hochschulgruppen fürchten wir nicht", sagt Sprecher Ingo Bowitz, "die Konkurrenz vor Ort gibt es schon lange." Und: "Ob aus den SDS-Träumen Realität wird, wollen wir noch abwarten."

taz Nr. 8180 vom 20.1.2007, Seite 8, 110 TAZ-Bericht JAN GEORG PLAVEC

© Contrapress media GmbH
Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags



Soundbites einer Revolution, taz vom 20.1.2007

Weil Protest auch eine Marke ist: Soll die Linkspartei ihre Hochschulgruppen in bewährter Tradition SDS nennen? Und warum trägt das 68er-Label überhaupt noch?

Die Hochschulgruppen der Linkspartei wollen an diesem Wochenende eine neue Studierendenorganisation gründen und manche plädieren dafür, die neue Gruppe gleich SDS zu nennen - nach dem legendären Sozialistischen Deutschen Studentenbund um Rudi Dutschke. Auch wenn einige gestandene Aktivisten darauf insistieren, eine linke Gruppe dürfe das Wort "deutsch" heute nicht mehr im Namen führen, so wird sich schon ein Wort finden, das eben jenes Akronym "SDS" gestattet (aus "Studierende", "demokratisch" und "Sozialismus" müsste sich doch was machen lassen).

Das ist nicht unoriginell. Plötzlich erweisen sich die jungen Antikapitalisten damit als hervorragende Markenstrategen, die in trendigen Glas-Stahl-Beton-Büros globaler Powerbrands auch gut aufgehoben wären. Denn "SDS", das ist, auch 36 Jahre nach der Auflösung des realen SDS, einfach immer noch eine coole Marke. Sie ist durchgesetzt und allgemein bekannt. Fast jeder assoziiert etwas mit ihr; und in dem, ja: Marktsegment, das die Zielgruppe einer linken Studentenorganisation bildet, sind es vor allem positive Assoziationen. Eine Marke und die dazugehörige "Markenpersönlichkeit" müssen schließlich nach den Worten des britischen Branding-Gurus Wally Olins wie "ein Soundbite für eine möglichst große Gruppe ähnlich gesinnter Menschen" unmittelbar verständlich sein.

Diesen Vorzug hat das Label "SDS" zweifelsohne. SDS steht noch immer für Rebellentum, Verwegenheit, intellektuelle Schärfe und gesellschaftliche Utopien, die es im Hier und Jetzt einzulösen gilt. Wer wollte nicht eine solche "Corporate Identity" kapitalisieren, zumal diese seit über 30 Jahren brachliegt?

Dabei ist es allerdings erstaunlich, dass das Label "SDS" überhaupt noch ein anschlussfähiges Image hat. "Altachtundsechziger" ist in weiten Kreisen, wenn schon kein Schimpfwort, dann bestimmt kein Attribut besonderer Hipness. Zudem: Die meisten anderen Marken aus den Jahren, in denen der SDS seine beste Zeit hatte, sind heute hoffnungslos verstaubt. Man denke nur an Dr. Oetker. Zuletzt ist der SDS in ziemlich grauenhaften Sektenkämpfen untergegangen, was aber offenbar die Marke selbst unbeschädigt gelassen hat.

Womöglich hat es eine innere Logik, dass die Kapitalismuskritiker so fest auf dem Boden des Kulturkapitalismus stehen. Nicht von ungefähr verdankt die Differenzkultur des Lifestylekapitalismus den rebellischen, gegenkulturellen Aufbrüchen der sechziger Jahre einiges. Nur eines sollte bedacht werden: Die Gefahr besteht, dass die Marke "SDS" cooler ist als die real existierenden Linkspartei-Hochschulgruppen. Und nichts ist für eine langfristige Markenidentität schädlicher als eine Diskrepanz zwischen Verpackung und Inhalt.

ROBERT MISIK

taz Nr. 8180 vom 20.1.2007, Seite 21, 92 Kommentar ROBERT MISIK

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

Im Bierkeller angekommen, FAS vom 20.1.2007

Lafontaine belebt beim "Hochschulkongress" der Linken alte Kraftausdrücke

VON SASCHA ZOSKE

FRANKFURT. Wer das Wort hat, hat die Macht. Diese Lektion hat Oskar Lafontaine in seinem langen Politikerleben gelernt, und er gibt sie gerne weiter an die Aktivisten, die sich am Freitagabend in der Goethe-Universität zum "Hochschulkongress für eine neue Linke" versammelt haben. Die "Hegemonie des Neoliberalismus" sei nur zu brechen, wenn die Linke ihrerseits die Herrschaft über die Sprache zurückgewinne, ruft er in den vollbesetzten Hörsaal. Gegen die "Idiotenwörter" der Wirtschaftslobby wie das von der "Flexibilisierung des Arbeitsmarkts" bringt der Fraktionschef der Bundestagslinken die stärksten Waffen des sozialistischen Arsenal in Stellung: Jawohl, es müsse wieder erlaubt sein, von "Klassengesellschaft" und "Klassenkampf" zu sprechen.

Mehrere hundert Repräsentanten des rosa- bis dunkelroten Spektrums sind aus ganz Deutschland nach Frankfurt gekommen, um darüber zu debattieren, wie sie die kulturelle Deutungshoheit von den Neoliberalen zurückerobern können. Einträchtig sitzen sie nebeneinander, in Jahrzehnten des passiven Widerstandes ergraute Hochschuldozenten und rastabezopfte Autobahnblockierer im gelben Anti-Studiengebühren-T-Shirt. An diesem Abend, bei der eröffnenden Podiumsdiskussion, können sie sich aussuchen, wem sie rhetorisch naheifern wollen. Dem Jenaer Soziologieprofessor Klaus Dörre, der auf die Kraft der Analyse setzt und das Phänomen der "Prekarisierung", der Ausbreitung unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnisse, wissenschaftlich präzise beschreibt. Der 29 Jahre alten stellvertretenden Linkspartei/PDS-Vorsitzenden Katja Kipping, die sich bei aller ideologischen Pflichtübung um einen pragmatischen Umgang mit den "aktuellen Problemen des Sozialstaats" bemüht. Der baden-württembergischen Verdi-Chefin Sybille Stamm, die im kumpelhaften Untersekretärsjargon ("Leute, ich sag euch eines") zum "Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intellektuellen" aufruft. Oder eben Oskar Lafontaine.

Freundlichen Applaus ernten Dörre, Kipping und Stamm für ihre Ausführungen. Tosender Beifall brandet auf, als der einstige Finanzminister zur Generalabrechnung mit dem "System" ausholt. Demokratie, zitiert er den Philologen Luciano Canfora, müsse die Interessen des Volkes berücksichtigen. "Geht man davon aus, dann haben wir keine Demokratie mehr." Immer wieder entscheide der Bundestag gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit, beschließe unsoziale "Idiotengesetze" wie Hartz IV, hole durch den Afghanistan-Einsatz "den Terror ins eigene Land". Dem deutschen Parteienwesen spricht der Scharfrichter in einem Nebensatz das Urteil: "verrottet" sei es und "verkommen". Damit hat Lafontaines Suche nach Vokabeln für die sprachlose Linke ihr Ziel gefunden: im Hörsaal losmarschiert, im Bierkeller angekommen.

Später wird das Mikrofon für Zuhörerstatements geöffnet. Eine Alt-Trotzkistin von der "Vierten Internationale" kritisiert die Linkspartei als kompromisslerisch. Ob es nicht geboten sei, statt nur den Neoliberalismus zu bekämpfen, den Kapitalismus überhaupt zu überwinden, will eine junge Frau von Lafontaine wissen. Der antwortet, ja, das müsse man, denn der Kapitalismus sei die Ursache von Krieg und Umweltzerstörung.

Auch die anderen auf dem Podium kommen noch einmal zu Wort. "Leute, macht euch bereit zum Kampf gegen die Privatisierung der Unis", mahnt Gewerkschafterin Stamm.

Vizeparteichefin Kipping rät zur Fortsetzung der anregenden Diskussion bei einem Glas Rotwein. Und Professor Dörre warnt mit besorgter Analytikermiene vor den "schrecklichen Vereinfachern". Wen er damit meint, sagt er nicht.

Bildunterschrift: Lafontaine erhielt tosenden Beifall für die Abrechnung mit dem "System". Foto dpa

Aus: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21.01.2007, Nr. 3, S. R2

Die Tageszeitung
jungeWelt

22.01.2007 / Ansichten / Seite 8

Gastkommentar: Chance für die Linke, jW vom 22.1.2007

Nele Hirsch

Es geht uns darum, die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zu brechen«, sagte Oskar Lafontaine auf dem Eröffnungspodium des Hochschulkongresses der Linken am Wochenende in Frankfurt am Main. Mit dem Kongreß ist die Linke diesem Ziel einen Schritt näher gekommen. Denn um die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zu brechen, muß auch die Auseinandersetzung um die Hochschulen geführt werden. Hier ist die Linke in den vergangenen Jahren in die Defensive geraten. Deutlichstes Zeichen ist die Einführung allgemeiner Studiengebühren in immer mehr Bundesländern. Damit werden nicht nur weitere soziale Hürden zur Aufnahme eines Studiums aufgebaut, sondern auch ein Verständnis von Studierenden als Kundinnen und Kunden und eine Steuerung der Hochschulen und der Wissenschaft nach den Mechanismen des Marktes propagiert.

Hochschulen in einer solidarischen Gesellschaft setzen dagegen einen offenen Zugang zum Studium und Freiräume für kritische Wissenschaft voraus. Die Linke muß für ein durchlässiges Bildungswesen, für ein gebührenfreies Studium, für den Ausbau der Kapazitäten, für ein bedarfsdeckendes und elternunabhängiges BAföG und gegen die unsägliche Eliteorientierung in der herrschenden Bildungspolitik streiten. Sie muß dafür eintreten, daß Hochschulen wieder zu Orten kritischer Auseinandersetzung werden, in denen die gesellschaftliche Verantwortung von Bildung und Wissenschaft diskutiert und ernst genommen wird. Eine reine Arbeitsmarktorientierung reicht nicht aus, und die Zurichtung

auf kapitalistische Verwertungszwänge macht eine Wissenschaft, die um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen kämpft, unmöglich. Die Linke muß deutlich machen, daß Bildungspolitik immer auch Gesellschaftspolitik ist und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft deshalb gemeinsam geführt werden muß und kann: an den Hochschulen, in den Betrieben, in den Schulen, auf der Straße und auch im Parlament.

Ein linker sozialistischer Studierendenverband, dessen Gründung in Frankfurt angekündigt wurde, kann an den Hochschulen und in der neuen linken Partei für eben diesen Anspruch streiten. Für die Partei ist das eine Chance, die sie nicht verspielen darf. Sie muß deshalb die Stärke besitzen, Kritik auszuhalten, und zu Auseinandersetzungen bereit sein. Ansonsten könnte sich die Entwicklung des letzten großen linken Studierendenverbandes – des SDS – wiederholen: Die Mutterpartei SPD war nicht bereit, die Linksentwicklung und die zunehmende Radikalisierung des Verbandes mitzutragen. Es wird in Zukunft darum gehen, daß die Linke solidarisch miteinander um ihre Politik ringt – an den Hochschulen und in der Partei.

Nele Hirsch ist bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



22.01.2007 / Inland / Seite 4

Neuaufgabe des SDS?, JW vom 22.1.2007

Studierende, Politiker, Wissenschaftler und Gewerkschafter diskutierten beim »Kongreß für eine neue Linke« Gründung eines neuen Hochschulverbandes
Sebastian Wessels, Frankfurt/Main

Von der Hoffnung auf einen linken Aufbruch in Deutschland war am Wochenende der »Hochschulkongreß für eine neue Linke« geprägt. Unter dem Motto »Get up, stand up« hatten sich ab Freitag nachmittag rund 500 Teilnehmer aus 40 Städten auf dem Bockenheimer-Campus der Uni Frankfurt am Main versammelt, um Strategien gegen den Neoliberalismus und die Rolle kritischer Studierender in der Gesellschaft zu diskutieren. Darunter waren Vertreter von 20 Hochschulgruppen und auch Aktive anderer Organisationen wie ATTAC und Jusos.

Der Kongreß war vom 2004 geknüpften Hochschulgruppennetzwerk Die Linke organisiert worden und sollte die Initialzündung für die Gründung eines neuen, bundesweiten linken Studierendenverbandes abgeben. So war es kein Wunder, daß die Erinnerung an den 1946 gegründeten Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) die Veranstaltungen durchzog, der in den 1960er Jahren an der Spitze der westdeutschen, antikapitalistischen Studentenbewegung stand.

Den Auftakt zum Kongreß bildete am Freitag abend ein hochkarätig besetztes Podium über Prekarität und »die Linke im Zeitalter der Ungleichheit«. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Oskar Lafontaine, die Vizechefin der Linkspartei.PDS, Katja Kipping, der Jenaer Professor Klaus Dörre sowie die Landesbezirksleiterin von ver.di Baden-Württemberg, Sybille Stamm, referierten über Ursachen und Folgen der »neuen Herrschaftsform« Prekarität. Vor allem Oskar Lafontaine stimmte mit seinen Redebeiträgen einen kämpferischen Grundton an. Er plädierte für eine Rückeroberung linker Sprache und beklagte, daß die Linke sich nicht einmal mehr traue, von einer »Klassengesellschaft« und von »Klassenkampf« zu sprechen. Er forderte die Studierenden auf, sich dem »permanenten Abbau von Demokratie« entgegenzustellen: »Es geht nicht ohne euch«, rief er den Applaudierenden zu.

Unter den Gästen, die an einem der drei Podien teilnahmen oder einen der rund 30 Workshops anboten, waren desweiteren der globalisierungskritische Politologe und Autor Elmar Altvater, der Soziologe Alex Demirovic, die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Nele Hirsch, die sächsische Landtagsabgeordnete Julia Bonk, die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS Katina Schubert und jW-Autor Jürgen Elsässer. Alle Podien wurden nach den einleitenden Referaten für Redebeiträge aus dem Plenum geöffnet. So wurde deutlich, daß sich sowohl eher pragmatische als auch radikale Linke beteiligten. Der Streit um die Frage, wie weit die Linke sich auf Kompromisse einlassen dürfe, entzündete sich auch hier immer wieder an der Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Berlin, die etwa wegen der dort verbreiteten Ein-Euro-Jobs scharf kritisiert wurde. Demgegenüber forderte Katina Schubert – unter Beifall –, auch die Erfolge der Linkspartei.PDS im Berliner Senat zu würdigen. Oskar Lafontaine gestand zu, daß es in Berlin »Fehlentscheidungen« gegeben habe, betonte aber, daß eine Zersplitterung der Linken nicht der richtige Weg sein könne. Er erneuerte indes seine Aussage, der Verkauf der Berliner Sparkasse sei der »Lackmustest« für die Koalition aus SPD und Linkspartei.PDS in der Hauptstadt.

Am Wochenende vom 2. bis 4. Februar sollen eine vorläufige Satzung und ein vorläufiges Programm für den neuen Hochschulverband formuliert, ein Übergangsvorstand gewählt und ein Gründungskongreß geplant werden, der Anfang Mai stattfinden soll. Die Frage, wie weit sich dieser Verband öffnen muß und kann, um möglichst viele Kräfte einzubinden, ohne das inhaltliche Profil zu verwässern, dürfte das Projekt Hochschulverband auf längere Sicht begleiten. Schließlich, und auch daran erinnerte man sich hier, birgt das große Vorbild SDS auch eine Warnung: Im Jahr 1970 beschloß der ehemals hochdynamische sozialistische Studentenbund aufgrund innerer Zersplitterung und Lähmung seine Selbstauflösung.

URL: http://www.frankfurter-rundschau.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1055866

Linkspartei will neuen Hochschulverband gründen, FR vom 22.1.2007

Vorbild ist der Sozialistische Deutsche Studentenbund / Neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft soll gestoppt werden

VON KATJA IRLE



Demo gegen Studiengebühren (ddp)

Es ist wie im richtigen Leben. Das Kind ist noch nicht geboren, aber Namen kursieren schon Monate vorher. Anders als im richtigen Leben, wo es darüber meistens Streit gibt, hat die akademische Linke aber schon einen Favoriten. Der neue Hochschulverband, wenn er denn tatsächlich das Licht der Welt erblickt, könnte SDS heißen. Das wäre eine Art Wiedergeburt des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds, einer der Keimzellen der Studentenunruhen.

Da das Baby kein Klon werden soll, könnte es "Studierendenverband Demokratischer SozialistInnen" heißen. Der Zusammenschluss soll bundesweit die bisherigen Splittergruppen aus dem linken Hochschulspektrum vereinen. Geburtshilfe leistet die Linkspartei, die gerade am Zusammenschluss mit der WASG bastelt. Sie erhofft sich eine Frischzellenkur aus dem linken akademischen Milieu. Zum Auftakt eines Hochschulkongresses in Frankfurt am Main, der die Gründung vorbereiten sollte, schickte die Partei deshalb mit Oskar Lafontaine und der stellvertretenden Linkspartei/PDS-Vorsitzenden Katja Kipping prominente Unterstützung.

Die Linken haben sich nichts weniger auf die Fahnen geschrieben, als den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Die Hochschulen sind nach Ansicht linker Studierender eine der ersten Adressen, um damit zu beginnen. Denn die neoliberale Umgestaltung der Universitäten durch Studiengebühren, Exzellenzinitiative und Modularisierung von Studiengängen sei in vollem Gang.

"Die Uni verkommt zum Karrierezentrum", klagte ein Student auf dem Kongress, während sich ein paar Gebäude weiter Jurastudenten zum Samstagskolloquium trafen. Die linke Versammlung im Hörsaalgebäude würde das als "konformistisches Verhalten ohne Zukunft" geißeln. Die Zeiten, da ein Studium einen sicheren Job garantiere, seien lange vorbei, warnte eine Studentin vor einer möglichen Arbeitslosigkeit.

Mit solchen Warnungen allein lässt sich an den Hochschulen jedoch nur wenig Protest erzeugen. "Die Linke verschenkt ihr Potenzial", sagte ein Student. Die Gruppen seien zersplittert und deshalb wenig kampagnenfähig. In der Tat ist das Monopol der Studentenvertretungen längst nicht mehr auf Seiten der Linken. Konservative und liberale Gruppen stellen immer mehr Studentenvertretungen an den Unis, während die linken Gruppen ihre Mehrheiten einbüßen oder koalieren.

Dass landauf und landab Pragmatismus statt Klassenkampf herrscht, trifft die linken

Hochschulgruppen im Kern. Mit einem neuen Bundesverband und der Linkspartei im Rücken, so die große Hoffnung, werde man nun neu starten. Das erste große Vorhaben der Erben Rudi Dutschkes scheint indes schon zu spät zu kommen: ein bundesweiter Boykott gegen Studiengebühren.

[document info]

Copyright © FR online 2007

Dokument erstellt am 21.01.2007 um 17:36:02 Uhr

Letzte Änderung am 21.01.2007 um 20:25:38 Uhr

Erscheinungsdatum 22.01.2007

Neues Deutschland, 22.01.07

Crash-Kurse und langfristige Pläne, ND vom 22.1.2007

Kongress linker Uni-Gruppen in Frankfurt (M)

Von Tom Strohschneider

Mehrere hundert Menschen trafen sich am Wochenende in Frankfurt (Main) zu einem Hochschulkongress. Motto: Get up, stand up – für linke Uni-Politik und einen neuen Verband.

Kongresse gibt es jedes Wochenende, in letzter Zeit auch wieder vermehrt solche mit dem Prädikat »links«. In Frankfurt (Main) debattierte man unlängst über »Ungleichheit als Projekt« und »Perspektiven für emanzipatorische Politik«. Wenig später hatte die Jugendantifa zu einem Kongress in die Mainstadt geladen.

An diesem Wochenende waren linke Studierende aus WASG- und Linkspartei-Umfeld an der Reihe. »Es gibt nicht viele Gelegenheiten, um linke Hochschulpolitik zu diskutieren und Strategien in Zeiten der Großen Koalition zu entwickeln«, sagt Elmar Altvater. Die linke Berliner Professoren-Ikone wünscht sich eine Uni nicht nur als Kaderschmiede sondern als Geburtsort gesellschaftlicher Alternativen. Und er steht nicht allein.

Mit der neuen Linkspartei soll auch ein linker Hochschulverband aus der Taufe gehoben werden. Für die Vernetzung von Protest aber auch für das langfristige Projekt einer linken Hegemonie in den Köpfen könnte dieser »eine ganz wichtige Rolle spielen«, meint Altvater. Schließlich müssten »die Räume der kritischen Reflexion« immer wieder erobert, besetzt werden«.

Geistige Munition dafür lieferte auch das Frankfurter Treffen. Bei »Crash-Kursen« gab es eine kleine »Einführung in Kritische Wissenschaft«, etwa in Kapitalismuskritik, die Geschichte linker Uni-Organisationen und Queer Theory. Danach bestimmten Workshops die Agenda, auch die üblichen Podiumsdiskussionen fehlten nicht – und getanzt wurde auch.

»Wir wollen den Neoliberalismus nicht nur bei Wahlen sondern auch kulturell und intellektuell herausfordern«, sagt Katja Kipping, Vizechefin der Linkspartei. Mit einem neuen Hochschulverband, so hofft die Bundestagsabgeordnete, könne man auf einem Feld »neue Akteure« gewinnen, auf dem bisher nicht unbedingt das Schwergewicht der parteipolitischen Linken lag. Allerdings, so Kipping, habe es auch schon in der PDS »viele engagierte Hochschulgruppen« gegeben und es sei wichtig, »dass der zukünftige Hochschulverband an deren Arbeit anknüpft«.

Kultur im Ruhestand, Freitag vom 26.1.2007

LEBENSKUNST ■ *Die neue Linke, die sich hier und da formiert, kommt um ein zeitgemäßes Kulturverständnis nicht herum*

Mario Scalla

Die linke Theorie wird gerade emeritiert und gleichzeitig ist in diesen Wochen ein linker bundesweiter Studentenverband dabei, sich zu gründen. Jetzt könnte man unken, die Situation sei vergleichsweise komfortabel, schließlich begannen die Studenten in den sechziger Jahren mit ungleich weniger. Sie mussten die Bücher und Theorien mühsam ausgraben, wurden allerdings mit einem sicheren Platz an den Hochschulen oder anderswo entlohnt. Heute ist vieles, gerade auch an linker Theorie, auf dem Buchmarkt wie dem Marktplatz der Ideen vorhanden und verfügbar. Nur der Zugang wird verstellt, institutionell untergraben und durch ein rigides neoliberales Zeitregime verhindert.

Ein nahe liegendes Beispiel ist die deutsche Kulturwissenschaft, die zu den wenigen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen zählt, die noch mit Mitteln versorgt und ausgebaut werden. Wer sich die dortigen Forschungen ansieht, versteht aber sofort den Grund. Des kritischen Gehalts weitgehend beraubt, häufig auch reduziert auf einen nationalen Hintergrund an Texten und empirischem Material, wird man dort sowohl die britischen Cultural Studies vergeblich suchen wie die amerikanische Theorie einer kulturellen Logik des Spätkapitalismus (Jameson).

Wer auf diese Erkenntnisse zurückgreifen will, muss Umwege und Anstrengungen in Kauf nehmen und zunehmend auf außeruniversitäre Einrichtungen zurückgreifen, auf linke Verbände, Online-Netzwerke, Kongresse und Publikationen. Ein paar Beobachtungen auf dem Frankfurter Hochschulkongress für eine "Neue Linke", der am vergangenen Wochenende das Projekt eines linken studentischen Verbandes forcieren und gleichzeitig Alternativen zur neoliberalen Hochschul- und Bildungspolitik suchen wollte, mögen das illustrieren.

Die *taz* hatte sich gefreut, der neue Verband könne sich womöglich wieder SDS nennen und bei dem Gedanken bereits vorab über all die Häme jubiliert, die über diese Organisation ausgegossen werden kann. Tatsächlich setzte sich in Frankfurt Oskar Lafontaine aufs Podium und forderte lauthals einen neuen SDS. Und der komplette Hörsaal applaudierte. Eine merkwürdige Szene: Sind die Studierenden aus Unsicherheit oder Schwäche so anlehnsbedürftig, dass sie Vorbilder suchen, statt selbstbewusst einen eigenen Weg einzuschlagen? Oder ist das ominöse Kürzel "SDS" mittlerweile für die Generation, die mitten im Studium steckt, ein eher unspezifisches Synonym für Bewegung und Widerstand, so dass langwierige Distanzierungen und das zuweilen mühselige Arbeitsprogramm der Zwischengeneration, die sich mit ihren Vorgängern schwerfällig abplagten, unterbleiben können?

Einer breiten Unterstützung jedenfalls können sich die Studierenden sicher sein. Die zahlreichen Abgesandten von Verbänden und Gewerkschaften wünschten sich einen starken linken Studentenverband, aber wie häufig liegen direkt neben den schönen Hoffnungen die Probleme. Das beginnt mit den Universitäten, die kaum noch als Orte kritischer Reflexion zur Verfügung stehen, mit der Folge, dass der Typus des emeritierten Professors zum festen Bezugspunkt wird. Die britische Kunsthistorikerin Gen Doy hat bereits eine marxistische

Theorie des Ruhestands gefordert, um die Theorieproduktion und Wissensvermittlung prominenter linker Einzelforscher kritisch zu begleiten.

Sicher, Prekarität lautet der Begriff, der Koalitionen und Bündnisse ermöglicht, die vorherigen Generationen ungleich schwerer zugänglich waren. Soziale Unsicherheit wird als Herrschaftsressource identifiziert, die Intellektuelle und Arbeiter ergreift und bis in die oft beschriebene Mitte der Gesellschaft ausstrahlt. Für viele Bereiche, seien es Hochschul- oder Arbeitsmarktpolitik, wurde bereits analysiert, wie progressive Forderungen umgemünzt und in das neoliberale Konzept eingebaut wurden und nun mit dafür sorgen, dass diese Politik ertragen wird. Prekär Beschäftigte erfahren in ihrer Arbeit auch Selbständigkeit und Freiheiten, die ihnen vorher verwehrt waren. Für die Durchsetzung des Neoliberalismus waren kulturelle Codes entscheidend, aber gerade im kulturellen Bereich, sowohl dem der Alltagskultur wie in den im engeren Sinn künstlerischen Domänen, stellt sich die Situation seltsam ungleichgewichtig dar.

Auf linken Kongressen findet mittlerweile nicht einmal mehr die obligate Veranstaltung zur Kulturindustrie statt, während die Kulturwissenschaften akademisch präsent sind und nach Fächern ausdifferenziert werden, um das ökonomisch erforderliche, kulturelle "content management" zu gewährleisten. Von Kulturgestaltung, praxisnah und als Bachelor, Kulturwirtschaft, die für "wirtschaftliche Fragestellungen sensibilisiert", Kulturmarketing ("bei mehr als 75 % der Kunst- und Kulturschaffenden wird fehlendes betriebswirtschaftliches Wissen als Manko der eigenen Qualifikation empfunden", wirbt ein Fachbereich, damit seine studentischen Kunden zum Erwerb der Ware Kulturvermittlung schreiten), Kulturpädagogik, -informatik, -geographie bis zur Kulturwissenschaft mit dem Schwerpunkt Religion reicht die bunte Palette.

Alle können darauf setzen, dass ihr Angebot nachgefragt wird, und das nicht nur, weil Kultur als Standortfaktor für prekär Beschäftigte trotz aller Kürzungen noch immer relevant ist. Von den Soft Skills der Corporate Identity bis zur harten Ökonomie von Produktion und Vertrieb reicht der Bedarf. Die Verfügung über kulturelle Codes, ihre flexible und kompetente Handhabung, wird zum ökonomisch verwertbaren Distinktionsmerkmal. Noch die digitale Bohème von Friebe und Lobo (*Freitag 49/2006*) zählt hierzu, ebenso Kathrin Passig und die Zentrale Intelligenz Agentur. Sie präsentieren als Freelancer, was auch in den Betrieben gefordert ist, mit dem Unterschied, dass sie das Geschäft öffentlicher und kenntlicher betreiben und die Grenze zum Unernst verwischen. Auch die Ironie hat ihren Preis, selbst wenn der nicht immer die materielle Grundversorgung der Anbieter garantiert.

Auf dem Hochschulkongress für eine neue Linke war von Kultur keine Rede. Während des abendlichen Kulturprogramms sahen protestwillige Studierende in einem Film, wie Studierende gegen Studiengebühren protestierten. Auf der Marxismuskonferenz, die im April in Berlin stattfinden wird, zehn Jahre nach der ersten und bislang letzten, hat sich bislang nicht einmal ein Workshop zur linken Kulturtheorie gefunden. Dafür gibt es diverse Schulungen in Keynesianismus. Erst abends gibt es den bei solchen Veranstaltungen sehr beliebten Brecht-Abend. Den zu kritisieren fällt schwer, denn wer hört die alten Lieder nicht immer mal wieder gern. Aber selbst Brecht ist als Kulturpfeiler der Zukunft nur begrenzt belastbar.

In der Hochschul- oder Arbeitsmarktpolitik wird es allmählich zum Standard linker Argumentationen, die unter dem Terminus "neoliberal" zusammengefasste Entwicklung nicht komplett zu verdammen und zu negieren. Erstens wurden dort progressive Vorstellungen

integriert und umgearbeitet und des Weiteren stecken darin wiederum emanzipatorisch zu nutzende Möglichkeiten. Die Doppelstrategie von Verteidigen und Umfunktionieren ist natürlich auch hier zu empfehlen. Schließlich war es nur möglich, einen kommodifizierten, kapitalfreundlichen Kulturalismus zu etablieren, weil es der Linken im 20. Jahrhundert gelungen war, den reaktionären Kulturbegriff der Jahrhundertwende progressiv zu wenden und durch Vorstellungen von Freiheit und kollektiver Emanzipation zu besetzen.

Es gibt keinen Grund, von dieser Perspektive abzulassen und nicht mit den Cultural Studies nach einer widerständigen Alltagskultur oder mit einer ästhetischen Theorie nach einzelnen Kulturprodukten zu suchen, die in dieser Tradition zu verstehen sind. Ebenso ist die selbstverliebte und verspielte Praxis medialer Code-Arbeiter nicht notwendig nur das Begleitprogramm zu Hartz IV. Aber diese Debatten wurden bislang kaum geführt und finden ausgesprochen selten Eingang in theoretische Überlegungen. Sie könnten unter den Stichworten Anti-Kapitalismus, Medienkompetenz oder Lebenskunst stattfinden. Und bei Lebenskunst sind wir glücklich beim kulturellen Abendprogramm marxistischer Konferenzen angelangt, denn das eben diese Kunst in Brecht ihren herausragenden Exponenten gefunden hat, kann als gesicherte Erkenntnis linker Theorie und Praxis gelten.

Auf dem Hochschulkongress für eine neue Linke wurde eine kleine Geschichte des SDS vertrieben und die Geschichte der vorhergehenden Studentenverbände in der Bundesrepublik repetiert. Dort war aber nicht zu vernehmen, welches ein zuweilen unlösbares Problem es darstellte, ein den Namen wertendes Kulturprogramm dort unterzubringen, und folglich ebenso wenig, dass dieser Mangel ganz gewiss nicht das Florieren der Bewegung förderte.

Pressemitteilungen

„Get up, stand up.“ - Hochschulkongress für eine neue Linke, PM vom 16.1.2007

Das Linke.Hochschulgruppennetzwerk von Linkspartei.PDS und WASG präsentiert den Hochschulkongress "Get Up, stand Up." vom 19. bis zum 21. Januar 2007 in Frankfurt am Main. Mit dabei sind u. a. Oskar Lafontaine, Elmar Altvater, Alex Demirovic, Katja Kipping, Nele Hirsch, Frank Deppe, Michael Hartmann, Caren Lay, Katina Schubert, Werner Ruf, Christine Buchholz, Bernd Rixinger, Thomas Sablowski.

Der Kongress findet an der Uni Frankfurt auf Campus Bockenheim im Hörsaalgebäude statt. Dazu laden wir Sie herzlich zu diesem Kongress ein und freuen uns, wenn Sie darüber berichten. Denn der Kongress ist eine „Gelegenheit, um linke Hochschulpolitik zu diskutieren und Strategien in Zeiten der Großen Koalition zu entwickeln“, so Elmar **Altvater**, emeritierter Professor der Freien Universität Berlin.

Die Linke kommt: Der Kongress wird Ausgangspunkt für die Gründung dieses Hochschulverbands der Linken in Deutschland sein. Oskar **Lafontaine**, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erklärt: „Die Partei Die Linke., die im Sommer entsteht, wird noch in diesem Jahr einen Hochschulverband gründen.“

Unter www.getupstandup-kongress.de finden Sie das komplette Programm.

Starker Hochschulverband notwendig, PM vom 17.1.2007

Zu dem an diesem Wochenende in Frankfurt/Main stattfindenden Kongress des Hochschulgruppen-Netzwerks von Linkspartei.PDS und WASG erklärt der jugendpolitische Sprecher des Parteivorstandes Sascha Wagener:

Mehr als 400 Studierende aus dem gesamten Bundesgebiet wollen sich an diesem Wochenende an der Uni Frankfurt/Main treffen und über die Gründung eines Hochschulverbandes beraten. 26 Jahre nach der Auflösung des SDS ist es Zeit für die Gründung eines neuen sozialistischen Studierendenbundes. Die Abschaffung von Gebühren im Bildungsbereich, die Demokratisierung der Hochschulen, eine Neuausrichtung der Forschung und kulturelle Freiheit und Vielfalt werden sich nicht ohne stärkeres Engagement der Studierenden verwirklichen lassen. Deshalb ist ein starker Hochschulverband notwendig. Mit seiner Hilfe soll es auch gelingen, die ostdeutschen Bundesländer, die derzeit noch weitgehend auf Studiengebühren verzichten, gebührenfrei zu halten. Die Einführung von

Studiengebühren in den neuen Bundesländern würde die Abwanderung junger Menschen weiter verstärken. Hier sehen wir uns als Linke in einer besonderen Verantwortung. Nur gemeinsam wird es uns gelingen, die Teilhabe jedes Menschen am gesamten Reichtum von Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information zu ermöglichen, die kreativen Potenziale zu wecken und die Beteiligung an gesellschaftlicher Veränderung zu stärken.

Auftakt für die Gründung eines Hochschulverbandes, PM vom 19.1.2007

Zum heute in Frankfurt am Main beginnenden Hochschulkongress für eine neue Linke erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping:

Wir wollen den Neoliberalismus nicht nur bei Wahlen sondern auch kulturell und intellektuell herausfordern. Dazu ist eine Verankerung an den Hochschulen eine wichtige Voraussetzung. Mobilität und wechselnde Lebensmittelpunkte prägen das Leben vieler Studierender und Wissenschaftler. Ein Hochschulverband, in dem man auch nach dem Wechsel des Studienortes weiter mitwirken kann, erleichtert in Zeiten zunehmender Mobilität politisches Engagement.

Der Hochschulkongress unter dem Motto "Get up, stand up for your right" soll einen Auftakt für die bevorstehende Gründung eines Hochschulverbandes geben. Schon im Satzungsentwurf für die neue Linke ist die Option eines Hochschulverbandes als Bestandteil des Jugendverbandes vorgesehen.

Bereits in der Vergangenheit hat es in der Linkspartei.PDS viele engagierte Hochschulgruppen gegeben. Es ist wichtig, dass der zukünftige Hochschulverband an deren Arbeit anknüpft und die neue Linke mit prägt.

Als WASG und PDS sich auf den Weg gemacht haben, um eine gemeinsame neue linke Partei zu bilden, da waren wir uns alle einig, dass es um mehr als die einfache Addition zweier Parteien geht. Im Parteineubildungsprozess ging und geht es immer auch darum, neue Akteure zu gewinnen. Die sich anbahnende Bildung eines Hochschulverbandes macht Mut, dass dieser Anspruch Wirklichkeit wird.

Hochschulkongress „Get up, stand up für eine neue Linke“ eröffnet, PM vom 20.1.2007

+++ 500 Teilnehmer +++ Oskar Lafontaine: „Der Kampf gegen den Neoliberalismus braucht die Studierenden“

Mit einer Podiumsdiskussion begann am gestrigen Freitag, den 19. Januar 2007, der Hochschulkongress „Get up, stand up für eine neue Linke“. Fast 500 Menschen, vor allem Studentinnen und Studenten, folgten der Einladung des Linke.Hochschulgruppennetzwerkes nach Frankfurt am Main. Zu Beginn des Hochschulkongresses diskutierten Oskar Lafontaine, Katja Kipping, Sybille Stamm und Klaus Dörre über „Génération précaire – Die Linke in Zeiten der Unsicherheit“.

„Die Prekarisierung bedeutet, dass Marktrisiken an die Beschäftigten abgegeben werden“, erläuterte Klaus Dörre. Die damit einhergehende Verunsicherung erfasse immer größere Teile der Gesellschaft, so der Professor der Universität Jena.

Oskar Lafontaine betonte, Prekarisierung sei eine neue Herrschaftsform. Die Linke wolle diese Herrschaftsform überwinden. „Das geht nicht ohne die Studierenden“, so der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Er begrüßte die Absicht der Studierenden, noch in diesem Jahr einen Hochschulverband der Linken zu gründen. Sybille Stamm, Bezirksleiterin von ver.di Baden-Württemberg, ergänzte, die Prekarisierung sei auch ein Angriff auf die Gewerkschaften.

Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS, präsentierte ihr Leitbild eines demokratischen Sozialstaats und warb für „einen neuen Sozialvertrag, der es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, an demokratischen Entscheidungen teilzunehmen.“

Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Stefanie Graf von der Hochschulgruppe DIE LINKE.FU Berlin und Kolja Möller von der Hochschulgruppe DIE LINKE.WASG in Frankfurt / Main.

Klaus Henning von der Hochschulgruppe DIE LINKE.WASG Frankfurt / Main und Ulrich Wilke, Landesvorsitzender der Linkspartei Hessen und Oberbürgermeister-Kandidat von LINKE.WASG in Frankfurt / Main, hatten zuvor die Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßt.

Bereits nachmittags nahmen mehrere hundert Menschen an zahlreichen Workshops teil, unter anderem zu den Themen „Der neoliberale Umbau der Hochschulen“, „Dimensionen der Rassismusanalyse“ und „Krieg und Imperialismus“.

Der Hochschulkongress „Get up, stand up.“ wird heute und morgen fortgesetzt. Er findet an der Universität Frankfurt im Hörsaalgebäude des Campus Bockenheim statt. Mehr Information finden Sie unter www.getupstandup-kongress.de.

Sie sind herzlich einladen, an dem Kongress teilzunehmen und darüber zu berichten.

Hochschulkongress der Linken großer Erfolg, PM 21.1.2007

+++ 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer +++ Aktionen und Verbandsgründung geplant

Auch am Sonntag, den 21. Januar 2007, dem letzten Tag des Hochschulkongresses „Get up, stand up für eine neue Linke“ folgten fast 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einladung des Linke.Hochschulgruppennetzwerks von Linkspartei.PDS und WASG nach Frankfurt am Main. Insgesamt besuchten mehr als 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den dreitägigen Kongress, darunter Studentinnen und Studenten aus mehr als 40 Hochschulen und rund 20 Hochschulgruppen der Linken. Von Freitagnachmittag bis Sonntagmittag diskutierten sie in über 40 Workshops und Podiumsdiskussionen über kritische Wissenschaften, Bildungs- und Hochschulpolitik, linke Strategien gegen den Neoliberalismus und die Ursachen und Folgen von Globalisierung.

In der Abschlussveranstaltung debattierten die Studentinnen und Studenten zudem über Aktionen, wie die bundesweite Kampagne gegen Studiengebühren und die Mobilisierung zum G8-Gipfel in Heiligendamm.

Das komplette Programm ist einsichtig unter www.getupstandup-kongress.de.

Der Hochschulkongress ist ein weiterer Schritt zu einem Hochschulverband der Linken, dessen Gründung für dieses Jahr geplant ist. Am Wochenende des 2. bis 4. Februar trifft sich das Linke.Hochschulgruppennetzwerk in Bonn, um einen Gründungsvorstand zu wählen und die Eckpunkte für Programm und Satzung zu verabschieden.